

«Die Kommission hat das Mass verloren»

Der Kanton St. Gallen soll sparen und zugleich die Steuern senken: So will es die Finanzkommission. Die Linke reagiert empört.

Adrian Vögele

Die Diskussion dürfte hitzig werden: Das St. Galler Kantonsparlament behandelt übernächste Woche ein Sparprogramm – und wird zugleich über eine Steuersenkung entscheiden. Die Finanzkommission (Fiko) ist mit dem Entwurf der Regierung für das Entlastungsprogramm insgesamt nicht zufrieden, wie sie am Mittwoch mitteilte. Dieses gehe zu wenig weit: «Aus Sicht der Finanzkommission sind zu wenige nachhaltige und strukturelle Massnahmen enthalten.»

Die Kommission will das Paket zwar mit Änderungen verabschieden, aber noch zwei Folgeaufträge erteilen: Die Regierung soll überprüfen, «welche Staatsaufgaben noch erfüllt werden müssen und durch welche Staatsebene diese erfüllt werden sollen». Daneben sollen Doppelspurigkeiten im Bereich von betriebsunterstützenden Leistungen wie Rechnungswesen, Personal, IT und Facility Management ermittelt und Anpassungen vorgeschlagen werden. Einverstanden ist die Kommission mit einigen prioritären Entlastungsmassnahmen, welche die Regierung präsentiert hat. So begrüsst die Fiko die Senkung der Staatsbeiträge an die Universität St. Gallen, die Pädagogische Hochschule und die Ostschweizer Fachhochschule.

Polizeistationen nicht abbauen

Hingegen lehnt die Fiko die Sparmassnahmen bei der Besoldung der Lehrkräfte an den Mittel- und Berufsfachschulen ab. Widerstand leistet sie auch gegen den Abbau von kleinen Polizeistationen und gegen die Übertragung der Finanzierung der Behindertenfahrtdienste an die Gemeinden. Streichen will sie ferner die vermehrten Geschwindigkeitskontrollen der Polizei und die entsprechend höheren Busseneinnahmen. Umgekehrt nimmt die Kommission einige Entlastungsmassnahmen, welche die Regierung

vorerst zurückgestellt hatte (B-Massnahmen) zusätzlich ins Paket hinein. So soll etwa das Baudepartement verschiedene interne Kosten einsparen und weniger Geld für Aufträge an Dritte ausgeben.

Insgesamt ist das Entlastungspaket namens «Haushaltsgleichgewicht 2022plus» nach den Anpassungen der Kommission noch rund 70 Millionen Franken schwer. Die Regierung hatte 75 Millionen vorgesehen.

Steuersenkung trotz allem

Trotz Sparpaket schlägt die Finanzkommission zudem eine «moderate Steuerfussenkung» um fünf Prozent vor. Die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sowie die solide Eigenkapitaldecke würden dies ermöglichen. «Der Kanton soll gerade mit Blick auf die Standortattraktivität ein Zeichen setzen.»

Das operative Ergebnis im Budget 2022 verschlechtert sich mit den Vorschlägen der Fiko um 61,3 Millionen Franken. Um die Schuldenbremse einzuhalten, sei ein zusätzlicher Bezug aus dem freien Eigenkapital von 60 Millionen Franken notwendig, schreibt die Fiko.

SP steigt auf die Barrikaden

Empört über die Entscheide der Fiko ist die SP: «Die rechts-bürgerliche Mehrheit der Finanzkommission hat an ihren Sitzungen von vergangener Woche das Mass komplett verloren: Sparpaket, Steuersenkungen und ein weiterer Auftrag zum Staatsabbau.» Das ganze Vorgehen sei mehr als entlarvend, schreiben die Sozialdemokraten: «Wer sich ernsthaft um die Staatsfinanzen sorgt, kann nicht gleichzeitig eine Steuersenkung beschliessen.»

Noch im Frühjahr hätten FDP und die Mitte-EVP eine Steuersenkung auf das Jahr 2022 hin klar abgelehnt. Jetzt vollzögen sie eine Kehrtwende. Mit einem «fatalen Resultat», wie SP-Kantonsrätin Monika



Sparen und gleichzeitig die Steuern senken? Um diese Grundfrage geht es in der bevorstehenden Finanzdebatte im St. Galler Kantonsrat.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

Simmler laut Mitteilung sagt. Die Partei kündigt vehementen Widerstand gegen die Entscheide der Finanzkommission an.

Auch die Grünen sind mit dem Kurs der Bürgerlichen nicht einverstanden: «Die rechte Mehrheit im Kantonsrat versucht offensichtlich mit allen Mitteln, den objektiv nicht vor-



Monika Simmler, St. Galler SP-Kantonsrätin.

Bild: Benjamin Manser

handenen Spardruck künstlich aufrecht zu erhalten.» Zwar sei es wichtig, staatliche Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen, schreiben die Grünen. Einen Teil des Entlastungspakets tragen sie deshalb mit, wehren sich aber gegen «kurzsichtige Sparmassnahmen zulasten der Bildung oder des Natur- und Klimaschutzes».

FDP: «Ausgangslage hat sich verändert»

Was sagen die Bürgerlichen zum Vorwurf, eine Kehrtwende gemacht zu haben? FDP-Präsident Raphael Frei wehrt sich: «Schon im Herbst 2020 haben wir klar gesagt, dass man eine Steuersenkung weiterhin im Auge behalten muss.»

Das habe sich dieses Jahr bestätigt: Laut einem neuen Bericht zur Ressourcenstärke stehe

der Kanton St. Gallen punkto Steuerattraktivität im Vergleich mit anderen Kantonen schlecht da, so Frei. Und: Die finanzielle Ausgangslage sei nicht mehr dieselbe wie im vergangenen Februar. «Wir haben diese neue Lage als Ausgangspunkt genommen. Der bessere Rechnungsabschluss und die zu erwartenden



Raphael Frei, St. Galler FDP-Präsident.

Bild: Benjamin Manser

Ausschüttungen der Nationalbank erlauben die Steuersenkung um 5 Prozentpunkte bereits im kommenden Jahr.»

«Staat muss effizienter werden»

Aber warum braucht es dann gleichzeitig überhaupt noch ein Sparpaket? «Wir sind weiterhin überzeugt, dass der Staat effizienter sowie effektiver werden muss und seine Strukturen verschlanken sollte», sagt der FDP-Präsident. Das betreffe vor allem den Verwaltungsapparat selber. «So ist beispielsweise fraglich, ob wirklich jedes Amt eine eigene Personalabteilung und ein eigenes Rechnungswesen benötigt. Der Kanton sollte sich diesbezüglich stärker an Konzernstrukturen der Privatwirtschaft orientieren.» Massnahmen in dieser Richtung habe die Regierung in ihrem Gleichgewichtspaket zu wenige vorgeschlagen. Auch sei generell zu wenig Neues im Programm enthalten. «Stattdessen ist vieles drin, was ohnehin bereits vorgeesehen und beschlossen ist.»

Boris Tschirky, Präsident der Mitte-EVP-Fraktion, betont ebenfalls, die Finanzlage des Kantons habe sich seit Anfang Jahr massiv verändert. Das mutmassliche Rechnungsergebnis präsentiere sich weit besser als budgetiert. Zudem habe sich die Fraktion dafür ausgesprochen, dass ein Teil der SNB-Gelder bewusst ins freie Eigenkapital gelegt werde, auch mit dem Ziel, die Standortattraktivität des Kantons zu verbessern. «Aus unserer Sicht ist eine Steuersenkung jetzt angezeigt, weil sie ohne Kürzungen beim Personal oder bei kantonalen Leistungen möglich ist.»

Der Präsident der Finanzkommission, Christof Hartmann (SVP), ergänzt, dass beispielsweise die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen trotz Corona höher ausgefallen seien als erwartet. Sie seien sogar leicht gestiegen. Die Steuersenkung im Umfang von 60 bis 70 Millionen Franken liege deshalb drin.

«Künftig werden wir uns um Netzteile bewerben»

Mit dem dritten Interregio erreicht die SOB ein Etappenziel.

Arth-Goldau ist für die Schweizerische Südostbahn AG (SOB) seit jeher der Zugang zur Gotthardlinie. Seit bald einem Jahr kreuzt sich hier sogar der eigene Treno Gottardo mit dem Voralpen-Express. Naheliegender, dass sich die Bahnjournalisten Schweiz just in diesem Fadenkreuz mit Thomas Küchler, dem Vorsitzenden der SOB-Geschäftsleitung, treffen wollten, um Hintergründe der überraschenden Partnerschaft mit den SBB, Erfahrungen mit dem Treno Gottardo und nächste Pläne zu vernehmen.

«Die SOB hätte es im Alleingang gar nicht geschafft. Wir hatten nur zwei Optionen: Ko-

operation oder Ausstieg.» Mit dieser heute verblüffenden Aussage überraschte Küchler die Zuhörer gleich zu Beginn. «Auch wenn mit Wohlwollen des Bundesamtes für Verkehr auf zweiten Anhub sogar gute Chancen bestanden hätten, per 2020 eine eigene Konzession zu bekommen, so hätte uns der Gotthard über kurz oder lang wohl in den Konkurs getrieben.»

Die SOB kann Betrieb und die Vermarktung selbstständig gestalten, das Einnahmenrisiko tragen aber die SBB; ab einem gewissen Erfolg wird die SOB hälftig beteiligt. Diese Schwelle sei natürlich noch nicht erreicht, immerhin lägen die Frequenzen im

ersten Jahr 30 Prozent über den – Covid-bedingt noch moderaten – Erwartungen. Im Sommer sei es an schönen Wochenenden sogar zu Kapazitätsengpässen gekommen, sowohl beim Personen-, wie beim Velotransport.

So positiv der Reisendenzuspruch, so unerwartet und unermesslich die immer noch vor kommenden Zugstörungen. Nicht nur beim viel gescholtenen Bombardier-Doppelstöcker gebe es Pannen, sondern auch beim Traverso. Inzwischen seien es zwar fast nur noch Türstörungen, doch wenn sich das im Ereignisfall nicht rasch beheben lasse, werde in grossen Bahnhöfen der

Abfahrtsslot verpasst, und der Zug müsse ausfallen.

Touristisches Potenzial nutzen

Während der Betrieb des Treno Gottardo ohne jegliche Reserve aufgenommen werden musste, sei nun vergangene Woche die letzte der sieben zusätzlichen Traverso-Garnituren (insgesamt 24) abgeliefert worden, wodurch eine geregelte Betriebsaufnahme des neuen Zuges Aare Linth von Bern nach Chur zum kommenden Fahrplanwechsel gesichert sei. Allerdings kommt es auf dieser Linie sowieso zu einer Koproduktion mit den SBB: Weil es während des Umbaus im

Bahnhof Bern keinen Platz für Dreifach-Kompositionen gibt, werden SBB-DoStos eingesetzt.

Auch beim Aare Linth liegt die Vermarktung ganz bei der SOB. Für die nach Jahrzehnten wieder ersten regelmässigen direkten Verbindungen auf dieser Strecke sieht Thomas Küchler auch erhebliches touristisches Potenzial, etwa in der Promotion des Oberaargaus oder der Region Walensee.

Im Rahmen eines solchen informellen Gesprächs erhofften sich natürlich die Bahnspezialisten, dass der SOB-Chef einige Karten seiner Zukunftspläne aufdeckt. Mindestens den «Fahrplan» konnte Küchler skiz-

zieren: Nach einem Bundesratsentscheid ist klar, dass der Bund ein Mehrbahnsystem will, aber mit einer ungeteilten nationalen Konzession. Es wird also entweder eine einvernehmliche oder ein regulatorische Lösung geben. Um die Selbstständigkeit zu sichern, brauche die SOB einen gewissen Zuwachs, hält Küchler fest; er denkt an gewisse Interregio-Linien, erklärt aber: «Um Effizienz und Synergien zu steigern, geht es nun nicht mehr um Linienpickerei, sondern um Netzteile.» Er sieht für die SOB längerfristig den Raum Ost- und Zentralschweiz als gegeben.

Peter Hummel